



38. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution:

„Wertewandel in der Prostitutionsgesetzgebung“

Auf dem 38. Deutschen Evangelischen Kirchentag (07. – 11. Juni 2023) wurde auf dem Markt der Möglichkeiten die Resolution wie aufgeführt eingebracht und nach den Verfahrensregeln des Kirchentages verabschiedet.

Diese Regeln besagen u.a.:

- Der Resolutionstext enthält klare Forderungen und Adressat:innen. Auf nicht überprüfbare Fakten wird in der Argumentation verzichtet.
- Mindestens 1500 Unterschriften sind auf dem Markt der Möglichkeiten dafür notwendig
- Die Unterschriften werden auf Listen des Deutschen Evangelischen Kirchentages gesammelt und geprüft

Mehr als 1700 Personen unterstützten das Resolutionsanliegen per Unterschrift auf dem Markt der Möglichkeiten.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag befürwortet, dass Antragsteller:innen mit diesem deutlichen Votum die Resolution an die Adressat:innen überreichen.

Im Namen unserer Teilnehmer:innen bitten wir alle Adressat:innen, sich mit den aufgeführten Forderungen auseinanderzusetzen und in einen konstruktiven Dialog mit den Antragsteller:innen zu treten.

Rückfragen zum Resolutionsverfahren des Deutschen Evangelischen Kirchentages senden Sie bitte an jederzeit gern resolutionen@kirchentag.de.

Für den Kirchentag

Dr. Kristin Jahn
Generalsekretärin
38. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolutionsantrag

38. DEUTSCHER EVANGELISCHER KIRCHENTAG

RESOLUTION

WERTEWANDEL IN DER PROSTITUTIONSGESETZGEBUNG

Adressaten: **an die Bundesregierung, den Rat der EKD und das Diakonische Werk**
Antragstellende: **Gemeinsam gegen Menschenhandel e.V.**
Caroline Sander, Uhlandstraße 20-25, 10623 Berlin
Bündnis Nordisches Modell
SOLWODI e.V.
Ort: **Markt der Möglichkeiten**

PROSTITUIERTE PERSONEN ENTKRIMINALISIEREN – AUSSTIEG UNTERSTÜTZEN PROFITIERENDE BESTRAFEN – NACHFRAGE REDUZIEREN

Deutschland ist Zielland von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und gilt als Bordell Europas. Die große Mehrheit der in der Prostitution Tätigen sind Frauen. Die Nachfrage nach Prostitution geht hingegen fast ausschließlich von Männern aus.

Prostitution ist psychisch und physisch verletzend. Das Ausmaß von Zwang, sexueller Ausbeutung und Gewalt ist immens. Die meisten Frauen werden entweder durch finanzielle Notlagen, über die Loverboy-Methode oder unter Anwendung psychischer und physischer Gewalt in die Prostitution getrieben. **Diese**

Menschenrechtsverletzungen können unter der aktuellen Rechtslage, die Prostitution als normale Dienstleistung behandelt, nicht effektiv bekämpft werden.

Im Sinne der Gleichstellung müssen wir feststellen: Frauen werden durch die Prostitution zu Objekten degradiert. Dies zementiert patriarchale Rollenbilder und hat negative Auswirkungen auf alle Menschen in der Gesellschaft. In der Prostitution spiegeln sich zudem soziale Ungleichheiten wider: Es sind vor allem Frauen mit Migrationshintergrund, die durch ihre prekäre Lebenssituation besonders verletzlich sind.

Ein echter Konsens und eine sexuelle Begegnung auf Augenhöhe sind unter kommerziellen Vorzeichen nicht möglich. Eine Person braucht Geld oder wird zur Prostitution gezwungen. Die andere Seite macht sich die Hilflosigkeit zunutze, um Macht auszuüben. Prostitution missachtet somit zutiefst die Würde des Menschen. **Der Schutz der Menschenwürde sowie das Gebot der Nächstenliebe verbieten die Benutzung und Schädigung anderer Menschen.**

Zahlreiche Aussteigerinnen fordern heute einen Paradigmenwechsel – weg vom „Beruf wie jeder andere“ hin zu einer **Anerkennung von Prostitution als eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Ausbeutung.**

Das sogenannte **Nordische Modell bzw. Gleichstellungsmodell** fokussiert sich auf Entkriminalisierung und Schutz von Menschen in der Prostitution, Ausstiegshilfen und Prävention sowie die generelle Bestrafung aller, die von der sexuellen Ausbeutung profitieren – vor allem die Freier, die durch ihre Nachfrage überhaupt erst einen „Markt“ für Prostitution schaffen.

Inzwischen haben dieses Modell, für welches sich auch das Europäische Parlament 2014 ausgesprochen hat, Länder wie Norwegen, Island, Frankreich, Kanada, Nordirland, Irland und Israel übernommen.

Wir appellieren an die Bundesregierung einen Wertewandel einzuleiten und das Gleichstellungsmodell auch in Deutschland einzuführen.

Wir appellieren an den Rat der EKD und das Diakonische Werk, sich diesen Forderungen anzuschließen.

